Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7311**
17. Wahlperiode 14. 10. 2011

Fragen

für die Fragestunde der 132. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 19. Oktober 2011

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

1. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Vorhaben und Maßnahmen gibt es seitens der Bundesregierung nach derzeitigem Planungsstand in den Jahren 2011 und 2012 zur Umsetzung der am 22. September 2011 in Kraft getretenen neuen Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung (BITV 2,0)?

2. Abgeordnete **Silvia Schmidt (Eisleben)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die in der Begründung des Urteils des Bundessozialgerichts vom 7. Oktober 2010 – B 3 KR 13/09 R – enthaltene Aussage, dass die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude in Deutschland als generelle Tatsache unterstellt werden könne und deshalb die Überwindung von Barrieren nicht mehr als Grundbedürfnis zu werten sei, und wenn nein, welche Anstrengungen wird sie vor dem Hintergrund der entsprechenden Ausführungen des Aktionsplanes der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unternehmen, um dies auszugleichen?

3. Abgeordneter **Ottmar Schreiner** (SPD)

Wie will die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, die Globalisierung sozialpolitisch gestalten, und welche Maßnahmen will sie ergreifen, die – wie von der OECD vor dem Treffen der G20-Arbeitsminister am 26./27. September 2011 gefordert – zu „fairen und hochwertigen Beschäftigungsverhältnissen führen“?

4. Abgeordneter **Ottmar Schreiner** (SPD)

Ist der Bundesministerin für Arbeit und Soziales bewusst, dass der Vorschlag der „Zuschussrente“ ,mit seinen Bedingungen gerade nicht die Lebenleistung von Menschen im Niedriglohnbereich honoriert, sondern vorrangig das traditionelle Familienmuster („Zuverdienstmodell“) honoriert und somit eine reaktionäre Politikmaßnahme darstellen würde?

5. Abgeordnete **Katja Mast** (SPD)

Auf welche Höhe belaufen sich die Kürzungen bei den Maßnahmen zur Unterstützung von Langzeitarbeitslosen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch ab 2012 in Baden-Württemberg, die im Zuge des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt für die Stadt und die Kommunen entstehen?

6. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen werden über den Titel „Kosten der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialpolitik“ (Titel 532 01-011) finanziert, und inwiefern sind die eingesetzten Mittel offiziell als Entwicklungszusammenarbeit anrechenbar (ODA-anrechenbar)?

7. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD)

Welche „Hinweise zu einzelnen Punkten des Vorschlags“ (siehe Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ralf Brauksiepe vom 21. September 2011 zu Frage 34 auf Bundestagsdrucksache 17/7084 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen seiner Prüfung des Mindestlohnes in der Leiharbeit an die Tarifvertragsparteien gegeben, und wie stellt sich zeitlich das schnellstmögliche Verfahren zur Umsetzung des Mindestlohns nach Einreichung des von Arbeitgebern und Gewerkschaften überarbeiteten Antrags über einen Mindestlohn in der Leiharbeit dar?

8. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD)

Wie hoch ist der Anteil der bundesweit an Tarifverträge gebundenen Arbeitgeber im Gastgewerbe an allen Arbeitgebern im Gastgewerbe (sowie unterteilt nach Beherbergung und Gastronomie), und wie viel Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gastgewerbe (ebenfalls zusätzlich unterteilt nach Beherbergung und Gastronomie) fallen unter den Geltungsbereich von Tarifverträgen?

9. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)

Wie hat sich in den letzten 20 Jahren das Armutsrisiko von Erwerbstätigen entwickelt (bitte sowohl relative Zahlen nennen als auch die Zahl der absolut Betroffenen in den Jahren 1991, 2001 und 2010 und wenn möglich nach verschiedenen Beschäftigungsformen differenzieren), und wie viele der aktuell betroffenen Erwerbstätigen würden von einem Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro und 10 Euro in der Stunde profitieren?

10. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)

Welche Branchen zeichnen sich für Erwerbstätige mit einem besonders hohen Armutsrisiko aus (bitte sowohl relative Zahlen nennen als auch die Zahl der absolut Betroffenen und wenn möglich nach verschiedenen Beschäftigungsformen differenzieren), und in welchen dieser Branchen gibt es einen branchenspezifischen Mindestlohn (bitte jeweils auch die Höhe angeben)?

11. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales über den Einsatz von Trojanern bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit in ihrem Geschäftsbereich oder durch den Zoll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

12. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie unterstützt die Bundesregierung die Erzeugerorganisationen der Krabbenfischer darin, im Rahmen des geltenden Rechts Verantwortung für das Marktgeschehen mit zu übernehmen und Einfluss auf die Krabbenpreisbildung zu nehmen (siehe Antwort vom 22. September 2011 auf meine Schriftliche Frage 46 auf Bundestagsdrucksache 17/7084)?

13. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über welche weiteren möglichen Verbesserungen zur Bewältigung der Krise der deutschen Krabbenfischerei ist die Bundesregierung mit den deutschen Krabbenfischern und den europäischen Nachbarn im Gespräch (siehe ebenfalls Antwort vom 22. September 2011 auf meine Schriftliche Frage 46 auf Bundestagsdrucksache 17/7084)?

14. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die vom Abteilungsleiter im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Dr. Dietrich Guth, bei der Diskussion der GAP-Vorschläge am 12. Oktober 2011 (Europäisches Haus Berlin) vertretene Auffassung, dass es in Deutschland keiner besonderen Förderung für Junglandwirte bedarf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

15. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung nach wie vor an der Anschaffung von 5 Euro-Hawk bei Kosten von 1,2 Mrd. Euro fest?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

16. Abgeordnete
Silvia Schmidt (Eisleben)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 7. Oktober 2010 – B 3 KR 13/09 R – auf die Betroffenen, nach der der Träger der Krankenversicherung nunmehr keine Treppensteighilfen als mittelbaren Behinderungsausgleich mehr erstatten darf und auf den Träger der Sozialhilfe verwiesen wird, und wird die Bundesregierung eine gesetzliche Klarstellung vornehmen, dass die Kosten für verordnete Treppensteighilfen und die anfallenden Wartungs- und Instandhaltungskosten vom Träger der Krankenversicherung zu übernehmen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

17. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, für Städte, die von Konversion aufgrund des Abzugs amerikanischer Streitkräfte besonders betroffen sind, ein städtebauliches Sonderprogramm aufzulegen oder die Mittel zur Städtebauförderung zu erhöhen?

18. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welcher Anteil der Bundesgebäude wurde in den letzten Jahren energetisch saniert, und welche Einsparungen an Kosten und Energie würde eine Anhebung der Sanierungsquote auf 3 Prozent im Jahr bringen, wie sie im Entwurf der neuen EU-Energieeffizienzrichtlinie vorgesehen ist?

19. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie verträgt sich die Ablehnung verbindlicher Effizienzziele auf EU-Ebene durch die Bundesregierung, vor dem Hintergrund der bestehenden deutschen Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz, mit dem Bestreben, europaweit gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

20. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sieht der aktuelle Zeitplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für die Erarbeitung des Entwurfs eines Endlagersuchgesetzes aus (bitte mit Angabe wesentlicher Zwischenetappen, Meilensteine etc.), und wann soll nach derzeitigem Planungsstand das Treffen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten der Länder zur Frage einer Endlagerstandortsuche bzw. Suche von zu Gorleben alternativen Standorten stattfinden (falls noch kein Termin feststeht wird gebeten, die Daten der derzeit ins Auge gefassten möglichen Termine anzugeben)?

21. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat sich der Abteilungsleiter RS im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Gerald Hennenhöfer, im Frühjahr/Sommer 2010 persönlich mit Bruno Thomauske im BMU getroffen, bevor das BMU den Auftrag für die Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben (VSG) an die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) vergab, an der Bruno Thomauske als Unterauftragnehmer mitwirkt (gegebenenfalls bitte mit Angabe des Datums des/r Treffen und des Bezugs zum damals bevorstehenden VSG-Auftrag des BMU), und mit wem im BMU hat die GRS die Vergabe der VSG-Unteraufträge vertragsgemäß abgestimmt (gemeint ist Abteilungsleiter-, Staatssekretärs- oder Ministerebene; zum Fakt der GRS-Abstimmung mit dem BMU vgl. Bundestagsdrucksache 17/6817 Antwort zu Frage 10a)?

22. Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Möchte die Bundesregierung, vor dem Hintergrund, dass nach dem Finanzgericht Hamburg auch das Finanzgericht München die Rechtmäßigkeit der Brennelementesteuer bezweifelt (DER SPIEGEL und Handelsblatt, 10. Oktober 2011), die Atomwirtschaft weiterhin an Sanierungskosten der Schachtanlage Asse II beteiligen, und inwieweit erachtet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang eine Novellierung des Kernbrennstoffsteuergesetzes für notwendig?

23. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung mit der Aufstockung der Mittel für die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) in Höhe von 100 Mio. Euro im Rahmen des Energie- und Klimafonds (EKF) im Haushalt 2012 auch das Impulsprogramm zur Förderung von Mini-Kraft-Wärme-Kopplung-Anlagen wieder neu auflegen, und falls ja, welche Änderungen bezüglich Förderkriterien werden dann gelten?

24. Abgeordneter **Dr. Hermann E. Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den angekündigten Reaktionen von Drittstaaten, die sich gegen die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel positionieren (vgl. Süddeutsche Zeitung, 7. Oktober 2011 „Gegen den Rest der Welt“), und wie ist aktuell ihre Position zur Einbeziehung des Flugverkehrs in den europäischen Emissionshandel 2012?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

25. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Welche entwicklungspolitischen Projekte führen die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und der SES (Senior Expert Service) im Auftrag der Bundesregierung in der Villa Baviera durch, und wie werden sie evaluiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

26. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe sind bisher öffentliche Fördermittel von EU und Bund für das CCS-Projekt Jänschwalde an die Firma Vattenfall oder Dritte gezahlt worden, und wann müssen welche Mittel davon zurückgezahlt werden angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung laut Antwort auf die Schriftliche Frage 41 auf Bundestagsdrucksache 17/7279 im Monat September 2011 absehbar nicht erwartet, dass ein CCS-Gesetz in Kraft treten kann?

27. Abgeordnete **Daniela Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Kohäsionspolitik vom 6. Oktober 2011 für die Periode 2014 bis 2020, besonders hinsichtlich der angedachten Änderung im Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), nach der in den weiter entwickelten Regionen und den Übergangsregionen 20 Prozent der EFRE-Mittel für Energieeffizienz und erneuerbare Energien ausgegeben werden können?

28. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterstützt die Bundesregierung das unter deutschem Vorsitz im Europäischen Rat 2007 beschlossene und von ihr 2011 nochmals bekräftigte Ziel zur Steigerung der Energieeffizienz in der Europäischen Union bis 2020 um 20 Prozent, und hält die Bundesregierung auch weiterhin an dem nationalen Ziel aus ihrem Energiekonzept fest, den Primärenergieverbrauch um 20 Prozent zu senken?

29. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie verträgt sich die Forderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), Artikel 6 der Energieeffizienzrichtlinie ersatzlos zu streichen (Bericht der Süddeutschen Zeitung am 14. September 2011 unter Bezug auf eine ihr vorliegende Stellungnahme des BMWi vom 22. August 2011 zum Kommissionsvorschlag), mit dem im Eckpunktepapier Energieeffizienz bekräftigten Ziel der Bundesregierung, die Förderung im Wärmebereich mittelfristig ab 2015 auf eine marktbasierte und haushaltsunabhängige Lösung umzustellen?

30. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffasssung, dass deutsche Reiseleiter bei Ausübung ihrer Tätigkeit im Bereich der Europäischen Union uneingeschränkt gleichbehandelt werden, und wenn nein, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, eine Benachteiligung künftig auszuschließen?

31. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Genehmigungen für die Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in arabische Länder hat die Bundesregierung aufgrund des arabischen Frühlings im Nachhinein widerrufen?

32. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Wie hoch ist der Umfang und das Finanzvolumen der von der Bundesregierung bereits zugesagten bzw. geplanten Rüstungsgeschäfte mit der Republik Angola, und welche Auswirkungen wird diese Rüstungskooperation – angesichts der jüngsten Angriffe auf die Presse- und Versammlungsfreiheit, insbesondere nach der Verurteilung von William Tonet, des langjährigen Herausgebers der Zeitung Folha 8 zu einer einjährigen Haftstrafe wegen eines kritischen Artikels über das angolanische Militär – auf die Gewährleistung elementarer Bürgerrechte in Angola haben?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

33. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung, angesichts des neuesten Eskalationsversuchs der US-Regierung gegenüber dem Iran – bei dem nach Presseberichten des US State Departement bereits mit seinen Verbündeten die „Entsendung einer sehr starken Nachricht“ konsultiert – die Möglichkeit eines neuen völkerrechtswidrigen Überfalls auf ein UN-Mitgliedstaat ein, wenn selbst ehemalige CIA-Mitarbeiter an der offiziellen Darstellung des State Departements über die mutmaßlichen Attentatspläne auf den saudi-arabischen Botschafter in den USA ernste Zweifel äußern?

34. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Wert der jährlichen Rüstungsimporte Griechenlands von 2009 bis heute (bitte aufgliedern nach Herkunft Deutschland, übrige EU, gesamt), und betreffen Sparauflagen, die im Zusammenhang mit internationalen Finanzhilfen Griechenland unter deutscher Beteiligung gemacht wurden, auch die Reduzierung der Rüstungsexporte, deren Einhaltung kontrolliert wird?

35. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Wie begründet die Bundesregierung die ODA-Relevanz des im Entwurf des Bundeshaushalts 2012 enthaltenen Titels Einzelplan 05 05 02/687 43 Villa Baviera – Maßnahmen zur Integration in die chilenische Gesellschaft –, wenn laut Informationen der Bundesregierung die Gelder ausschließlich für die deutschen Staatsbürger, die auf dem Gelände der Villa Baviera (ehemals Colonia Dignidad) leben, für

psychotherapeutische, seelsorgerische und pädagogische Maßnahmen und zur wirtschaftlichen Beratung für die Unternehmen der Kolonie verwendet werden?

36. Abgeordneter **Josef Philip Winkler** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sehen die Pläne der Bundesregierung, die Visa-Vergabe an libysche Kriegsverletzte zu lockern und eine mögliche Luftbrücke für Verletzte einzurichten (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND, 12. Oktober 2011), konkret aus, und auf welcher rechtlichen Grundlage basieren sie?

37. Abgeordneter **Josef Philip Winkler** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann ist mit dem Beginn der Aktion zu rechnen?

38. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen sieht die Bundesregierung aus dem UNAMA-Bericht vom 10. Oktober 2011, aus dem hervorgeht, dass die afghanische Polizei und der afghanische Geheimdienst systematisch Gefangene foltert, für ihr Engagement in Afghanistan?

39. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie weit ist die Neukonzeption des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in Kabul vorangeschritten, und ist die Stelle des entsandten Mitarbeiters im DAAD-Büro in Kabul mittlerweile besetzt, bzw. wann ist damit zu rechnen?

40. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Verbleib der Piraterieverdächtigen, die am 8. Oktober 2011 an Bord der Fregatte Köln verhört und anschließend in Somalia an Land gebracht wurden, und wie hat die Bundesregierung sichergestellt, dass die Verdächtigen menschenrechtskonform behandelt und untergebracht werden?

41. Abgeordneter **Joachim Hörster** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Besorgnis, dass mit der Gewalt gegen die koptische Minderheit in Ägypten Auseinandersetzungen zwischen den Religionsgruppen provoziert werden sollen, die einen friedlichen Übergang in eine demokratische Ordnung verhindern?

42. Abgeordneter **Joachim Hörster** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung das jüngste Verhalten des ägyptischen Militärrats mit Blick auf die Übergabe der Macht in demokratische Strukturen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

43. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung von der Existenz und von dem möglichen Einsatz des vom Chaos Computer Club (CCC) entdeckten Trojaner, und wer trägt nach Kenntnis der Bundesregierung für den Trojaner (seine Entwicklung, seine Weitergabe an Dritte, seinen Einsatz) die rechtliche oder politische Verantwortung?

44. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnis (Zeitpunkt der Entwicklung, Entwickler, Herkunft) hat die Bundesregierung über den vom CCC entdeckten Trojaner, und wie unterscheidet er sich von Trojanern, die von Behörden des Bundes verwendet werden?

45. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Herkunft, die Verteilung und den Einsatz von Software des Typs, den der Chaos Computer Club kürzlich untersucht hat oder von vergleichbarer Software mit ähnlichen Eigenschaften, und welche Rolle haben Bundesbehörden bei der Entwicklung, Beschaffung und dem Einsatz für den Trojaner gespielt, dessen Fähigkeiten kaum mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Onlinedurchsuchung (BVerfGE 120, 274) zu vereinbaren sind, besonders vor dem Hintergrund der Aussagen eines Vertreters des brandenburgischen Innenministeriums, dass man bei der Beschaffung des in Brandenburg eingesetzten Programms auf die Amtshilfe einer Bundesbehörde zurückgegriffen hätte (SPIEGEL ONLINE vom 11. Oktober 2011)?

46. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung auch vor dem Hintergrund der Begründung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Onlinedurchsuchung (BVerfGE 120, 274), wonach sich der Kernbereich des privaten Lebens heute anhand der auf einem Computer befindlichen Daten umfassend analysieren lässt und diese

Daten und der Computer, auf denen sie gespeichert sind, nicht überwacht werden dürfen, der Ansicht, dass der Einsatz des vom Chaos Computer Club untersuchten Programms gegen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts verstößt, und ist die Bundesregierung weiterhin der Ansicht, dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts technisch überhaupt so umzusetzen sind, dass der Schutz der Bürgerinnen und Bürger garantiert werden kann?

47. Abgeordneter **Stephan Mayer (Altötting)** (CDU/CSU)

Wo sieht die Bundesregierung die regionalen Schwerpunkte der linken Gewalt?

48. Abgeordneter **Stephan Mayer (Altötting)** (CDU/CSU)

Besteht die Gefahr eines Linksterrorismus?

49. Abgeordneter **Armin Schuster (Weil am Rhein)** (CDU/CSU)

Wie haben sich die linken Gewalttaten in den letzten zehn Jahren entwickelt – auch im Vergleich zur rechten Gewalt?

50. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Inwieweit ist aus Sicht der Bundesregierung der Ausschluss von Menschen mit Behinderungen vom aktiven und passiven Wahlrecht nach § 13 Nummer 2 und 3 des Bundeswahlgesetzes (BWahlG) mit ihrem uneingeschränkten Recht, sich aktiv und passiv an Wahlen „gleichberechtigt mit anderen“ zu beteiligen (siehe UN-Behindertenrechtskonvention, insbesondere Artikel 29a, 12 und 21) vereinbar, und welche Pläne hat die Bundesregierung zur diesbezüglichen Novellierung des Bundeswahlgesetzes?

51. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Ausschluss von Menschen mit Behinderungen vom aktiven und passiven Wahlrecht durch § 13 Nummer 2 und 3 des Bundeswahlgesetzes, und wie gedenkt sie vor dem Hintergrund des in der UN-Behindertenrechtskonvention in Artikel 29a präzisierten Rechts von Men-

schen mit Behinderungen, sich aktiv und passiv an Wahlen zu beteiligen, mit diesem Ausschluss umzugehen?

52. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie hat die Bundesregierung im Zuge der Novellierung des Bundeswahlgesetzes die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention berücksichtigt, und inwiefern wurde der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen in dieser Frage angehört?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

53. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Was ist der Bundesregierung (insbesondere Bundesministerium der Justiz und Bundeskanzleramt) bekannt über die Gründe, die dazu geführt haben, dass Mitte September 2011 der vom Generalbundesanwalt erwirkte Europäische Haftbefehl gegen den Chef des mongolischen Geheimdienstes Bat Khurts aufgehoben sowie dieser freigelassen wurde und prompt in die Mongolei ausreiste, nachdem er aufgrund jenes Haftbefehls im September 2010 in London verhaftet, Ende Juli 2011 nach Deutschland ausgeliefert sowie am 4. August 2011 vom Generalbundesanwalt vor dem Kammergericht angeklagt worden war wegen Verschleppung und gefährlicher Körperverletzung, weil Bat Khurts den mongolischen Staatsangehörigen D. Enkhbat, im Mai 2003 aus Frankreich entführt, nach Deutschland verschleppt, mit Drogen betäubt, in einen Rollstuhl gefesselt durch die Kontrollen des Berliner Flughafens Tegel geschleust sowie in die Mongolei ausgeflogen haben soll, wo das Opfer inhaftiert, gefoltert sowie nach Haftentlassung gestorben ist, und wird die Bundeskanzlerin bei ihrem bevorstehenden Besuch in der nächsten Woche in der Mongolei, bei dem ein derzeit verhandeltes Lieferabkommen über „kritische Rohstoffe“ unterzeichnet werden soll und mit dem in den mongolischen Medien die überraschende Freilassung in Zusammenhang gebracht wird gegenüber der mongolischen Regierung darauf dringen, dass Bat Khurts nach Eröffnung des Hauptverfahrens am Kammergericht seiner Ladung zur Hauptverhandlung nachkommt?

54. Abgeordnete **Daniela Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchem Abstimmungsstadium zwischen den Bundesministerien befindet sich der Referentenentwurf (Stand: 11. Mai 2011) für ein „Gesetz über die energetische Modernisierung von vermietetem Wohnraum und über die vereinfachte Durchsetzung von Räumungstiteln“, und wann wird er zur Stellungnahme an die Verbände weitergeleitet sowie in den Bundestag eingebracht?

55. Abgeordnete **Ingrid Hönlinger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schritte will die Bundesregierung unternehmen, um Rechts- und Verfassungsverstöße durch den Einsatz des sog. Trojaners in Zukunft zu verhindern?

56. Abgeordnete **Ingrid Hönlinger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie kann die Justiz künftig kontrollieren, wie ihre Anforderungen technisch umgesetzt werden?

57. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vertritt die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die Ansicht, dass eine Quellen-Telekommunikationsüberwachung in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren von § 100a der Strafprozessordnung gedeckt ist, und gilt das Gleiche auch im Rahmen des § 23a des Zollfahndungsdienstgesetzes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

58. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Funktionsmöglichkeiten über das Abhören von Voice-over-IP-Gesprächen hinaus hat die vom Zollkriminalamt (ZKA) tatsächlich verwendete Software (laut dpa-Meldung vom 12. Oktober 2011 um 12.47 Uhr dementiert das ZKA, die vom Chaos Computer Club mit Datum vom 8. Oktober 2011 analysierte Software verwendet zu haben), und auf welche Art und Weise kann auch die Software des ZKA erweitert werden, insbesondere auf die Funktionen des Durchsuchens und ggf. Veränderns von Daten oder die Funktion graphische Bildschirminhalte zu kopieren (sog. Screenshots)?

59. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat der Zoll in dem aktuell diskutierten und vom Chaos Computer Club untersuchten Fall tatsächlich die Software für das Bayerische Landeskriminalamt auf dem zu überwachenden Computer installiert, und von welcher Behörde bzw. welchem Unternehmen hat der Zoll die Software zuvor erhalten?

60. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gibt es weitere Fälle des Einsatzes von Überwachungssoftware durch Landesbehörden, in denen eine derartige Zusammenarbeit mit dem Zoll stattgefunden hat, und gibt es über die am 12. Oktober 2011 vom Bundesministerium der Finanzen 16 bestätigten Fälle, in denen der Zoll eigenständig einen sogenannten Trojaner eingesetzt hat, hinaus noch weitere Fälle, in denen der Zoll solche Software eingesetzt hat?

61. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Wie geht die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) mit Anfragen zur Errichtung von Photovoltaik(PV)-Anlagen auf zur Vermarktung vorgesehenen Immobilien um?

62. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

In welchen konkreten Fällen wurden oder sollen PV-Anlagen auf zur Veräußerung vorgesehenen BImA-Immobilien installiert werden, und wie wirkt oder wirkte sich das auf potentielle Interessenten aus?

63. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung eine einheitliche Absenkung der Luftverkehrsteuer um 5,5 Prozent ab dem Jahr 2012 plant, und welche Beweggründe führten zu dem Kurswechsel der Bundesregierung?

64. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Veränderungen plant die Bundesregierung nach aktuellen Pressemitteilungen zur Senkung der Flugverkehrsteuer zum 1. Januar kommenden Jahres, und wie wirken sich die geplanten Veränderungen voraussichtlich auf das gesamte Steueraufkommen aus?

65. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)

Wann wird die Bundesregierung die bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigte Neuregelung der steuerlichen Berücksichtigung von Ausbildungskosten vorlegen, und welche konkreten Lösungsvorschläge werden derzeit als Reaktion auf die aktuellen Urteile des Bundesfinanzhofs zu dem Themenkomplex erörtert?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333